

## Britisches Pfund verliert nach der Wahl an Wert

bes. LONDON, 7. Mai. Das britische Pfund hat nach der Parlamentswahl am Donnerstag deutlich an Wert verloren. Gegenüber dem Euro wertete es am Freitag um mehr als 1,6 Prozent ab und wurde zu Kursen von 86,5 Pence je Euro umgetauscht. Das Tauschverhältnis gegenüber dem Dollar belief sich auf 68 Pence. Damit hat die britische Währung in diesem Jahr 5,1 Prozent ihres Außenwertes eingebüßt. Der Wertverlust gegenüber dem Euro am Freitag war der stärkste Rückgang seit Dezember 2008, dem Höhepunkt der Finanz- und Bankenkrise in Großbritannien. Marktteilnehmer warten darauf, dass die neue britische Regierung wegen der griechischen Schuldenkrise einen Sanierungsplan für den Haushalt vorlegt. Doch aus der Parlamentswahl am Donnerstag ging kein eindeutiger Sieger hervor, die Bildung einer neuen Regierung verzögert sich deshalb. Die Konservativen erreichten zu wenig Parlamentssitze, um alleine regieren zu können. Großbritannien weist zurzeit ein Haushaltsdefizit von 12 Prozent seiner Wirtschaftsleistung aus. Der Schuldenberg des Landes wird nach Schätzungen der Ratingagentur Standard & Poor's von 77 Prozent der Wirtschaftsleistung auf 100 Prozent im Jahr 2014 steigen. Noch erhält Großbritannien von Moody's die beste Kreditwürdigkeitsnote „Aaa“ mit stabilem Ausblick und von Standard & Poor's ein „AAA“ mit negativem Ausblick. (Die Krise wirbelt am Devisenmarkt, Seite 23)

## Athen oder Amateur?



**Schock für fünf Minuten:** Den Donnerstag werden die Aktienhändler an der Wall Street so schnell nicht vergessen. Plötzlich fiel der Dow Jones um fast 1000 Punkte und verlor mehr als 9 Prozent seines Wertes. Dann erholten sich die Kurse wieder. Vermutlich steckt ein Eingabefehler eines Bankmitarbeiters dahinter, doch die Verunsicherung wegen Griechenland ist an der Börse jederzeit spürbar. Am Freitag sackten Europas Aktienkurse durch, der Dax notierte am Nachmittag um 3,5 Prozent niedriger als am Vortag. Und Athen hält die Welt auf den Seiten 14, 17, 21 und 23 weiter in Atem.

Foto Bloomberg

## Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

### Mehr Verstand

Von Daniel Mohr

### Hohe Hürden

Von Joachim Jahn

Die meisten Börsengeschäfte werden getätigt, ohne darüber nachzudenken. Mathematiker, Physiker und Informatiker haben für Banken Algorithmen entwickelt, die automatisch bei bestimmten Kursverläufen Handelsgeschäfte abschließen. Niemand schaut sich das Wertpapier näher an, das gehandelt werden soll. Entscheidend ist einzig das Muster des Kursverlaufs. Zudem muss der Handel in wenigen Millisekunden erfolgen, schließlich haben viele Banken ähnliche Modelle, und wer als Erstes handelt, hat den größten Gewinn. Welche Auswirkungen dieser Herdentrieb und ein Überhandnehmen des algorithmisch getriebenen Handels haben können, war nun an der Wall Street zu beobachten. Die wichtigsten Aktienindizes fielen plötzlich wie ein Stein nach unten. Deswegen den rein computergetriebenen Handel von den Börsen zu verbannen, wäre falsch. Er sorgt für rege Umsätze und damit für günstigere Kurse für alle Marktteilnehmer. Gleichwohl ist es nötig, den Börsianern häufiger eine Denkpause zu geben. Längere Handelsunterbrechungen bei auffälligen Kursauschlägen geben dem Mensch Gelegenheit, mit seinem Sachverstand den Sinn der Computerhandelsgeschäfte zu hinterfragen.

## Euro-Staaten wollen die Währungsunion krisenfester machen

Griechenland-Hilfe auch im Euro-Raum beschlossen / Reformdiskussion beginnt

wmu. BRÜSSEL, 7. Mai. Nach der Zusage des Kreditpakets für Griechenland wollen die Euro-Staaten möglichst schnell Gesetzesänderungen auf den Weg bringen, mit denen der Euro-Raum mittel- bis langfristig krisenfester werden soll. Beim Sonder-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums am Freitagabend in Brüssel zeichnete sich ab, welche Regelungen in den kommenden Monaten in Angriff genommen werden sollen: zum Beispiel eine Schärfung des EU-Stabilitätspakts, eine stärkere Abstimmung der Haushaltsplanung, bessere Regeln für die Krisenintervention sowie zusätzliche Schritte in der Finanzmarktregulierung, die über bereits angestoßene Gesetzgebungsverfahren hinausgehen könnten. Deutlich wurde aber auch, dass mit schnellen Entscheidungen nicht zu rechnen ist. Formeller Zweck des Treffens war der endgültige Beschluss der Griechenland-Hilfen.

Vorschläge zur Änderung des Regelwerks für den Euro-Raum liegen bislang nur in allgemeiner Form vor. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso diskutierte am Freitag mit den Staats- und Regierungschefs über die Ideen, die EU-Währungskommissar Olli Rehn Mitte April dazu präsentiert hatte. Am kommenden Mittwoch will Rehn Vorschläge vorlegen. Parallel dazu soll die von den Staats- und Regierungschefs schon im März beschlossene, aber bislang noch

nicht eingesetzte Arbeitsgruppe der Mitgliedstaaten unter Vorsitz von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy ebenfalls über die Reformen beraten. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe soll nun am 21. Mai stattfinden; die meisten Staaten, auch Deutschland, entsenden ihren Finanzminister. Die Gruppe will im Oktober Ergebnisse vorlegen. Ihr Spielraum wird dadurch beschränkt, dass eine aber-

„Die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes steht auf dem Spiel.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

malige Änderung des Lissabon-Vertrags ausgeschlossen werden soll.

Rehn will zum einen die Sanktionsmöglichkeiten im Stabilitätspakt verändern. Vor allem soll die Verhängung von Sanktionen gegen Defizitsünder deutlich früher als bisher möglich sein. Gedacht ist offenbar daran, solchen Ländern die Hinterlegung bestimmter Mittel bei der EU abzuverlangen und EU-Mittel, die ihnen zustehen, einzufrieren oder zu streichen. Zudem will Rehn die Haushaltsplanung der Euro-Staaten schon vor Aufstellung der nationalen Etats koordinieren. Er beteuert aber, nicht ins Etatrecht der nationalen Parlamente eingreifen zu wollen. Geplant ist weiter ein „Krisenmechanismus“

für Fälle wie Griechenland, der Interventionen nach dem Vorbild der jetzt schon möglichen Zahlungsbilanzhilfen für Nicht-Euro-Staaten erlaubt, die mit hohen, möglichst abschreckend wirkenden Sanktionen verbunden werden sollen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy wiederholten in einem gemeinsamen Brief zum Gipfelauftritt die Forderung nach einer „stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euro-Raum“. Was sie darunter jeweils verstehen, blieb weitgehend offen. Während Sarkozy weiter auf eine „Wirtschaftsregierung“ im Euro-Raum dringt, hat für Merkel vorläufig ein schärferer Stabilitätspakt Priorität. Forderungen nach einem Ausschluss von unsoliden wirtschaftenden Staaten aus der Währungsunion oder nach Regeln für eine staatliche Insolvenz einzelner Länder wiederholte die Kanzlerin nicht.

Mehrfach wurde in Brüssel die Forderung nach einer verschärften „Beobachtung“ der Rating-Agenturen laut. Merkel und Sarkozy sagten, eine Verschärfung des bestehenden Rechtsrahmens zur Überwachung von Rating-Agenturen sei nicht auszuschließen. EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier kündigte am Freitag an, er werde im Juni einen konkreten Vorschlag für eine europäische Ratingagentur vorlegen. Eine solche Neugründung sei wegen des Mangels an Wettbewerb notwendig.

## Japan versucht Beruhigung der Märkte

Premierminister Hatoyama befürchtet ein Übergreifen der Krise

cag. TOKIO, 7. Mai. Die Krise in Europa versetzt weitere Länder in Unruhe. In Tokio ließ Japans Ministerpräsident Yukio Hatoyama seine Sorge, die griechische Schuldenkrise könnte auf weitere europäische Länder übergreifen und die globale Wirtschaft treffen, am Freitag offen erkennen. „Ich bin sehr besorgt“, sagt er. Gleichzeitig wies er seine Minister an, „die Situation durch Zusammenarbeit mit anderen Ländern“ unter Kontrolle zu halten. Die Bank von Japan pumpte 2 Billionen Yen (rund 16,7 Milliarden Euro) in den Markt, um die Sorge vor möglichen Liquiditätsengpässen zu dämpfen. Die Notenbank wolle so die Märkte beruhigen, hieß es. Es dürfe zwar keine Probleme an den heimischen Finanzmärkten geben, sagte ein Sprecher, „aber wir haben uns dafür entschieden, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln“.

Zuvor hatte die Angst vor einem Übergreifen der Schuldenkrise auf weitere Euro-Länder den zweiten Tag in Folge zu deutlichen Kursverlusten an der Börse in Tokio geführt. Dazu trug vor allem die rasante Festigung des Yen gegenüber dem Euro, aber auch dem amerikanischen Dollar bei. Ende Januar waren in Tokio für ein preiswertes Sushi-Mittagessen für 1000 Yen noch 7,45 Euro zu zahlen, am Freitag waren es bereits 8,77 Euro. Während die Anleger in den vergleichsweise sicheren Yen flüchteten, mussten vor allem die Titel japanischer Exportunternehmen mit Geschäften in Europa starke Kursver-

luste verkraften. So fiel zum Beispiel die Aktie des Elektronikkonzerns Panasonic um 2,5 Prozent, obwohl das Unternehmen gute Jahreszahlen vorlegen konnte.

Zweimal ist die japanische Notenbank in den vergangenen zwei Jahren bereits diesen radikalen Schritt gegangen; im Dezember 2008, als sie den Leitzins auf 0,1 Prozent senkte und Banken und Broker-

weitere Marktentwicklung genau beobachteten.

Obwohl Japan selbst stark verschuldet ist, gilt der Yen Anlegern trotz niedriger Zinsen als sicherer Hafen. Der Unterschied Japans zu den europäischen Staaten ist, dass weit über 90 Prozent der Staatsanleihen von japanischen Anlegern gehalten werden. Sollte der Yen gegenüber dem Euro und dem Dollar aber weiter an Wert gewinnen, fürchtet Japans Regierung um den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes, der bislang ausschließlich vom Export getrieben ist. Hirofumi Hirano, der Sprecher Hatoyamas, sagte, die Regierung verfolge die Entwicklung des Yen aufmerksam. Gegebenenfalls würden „angemessene Maßnahmen“ ergriffen.

Finanzminister Naoto Kan wies die Finanzmärkte in Tokio darauf hin, dass sich die G-7-Finanzminister einig seien, „dass exzessive Sprunghaftigkeit oder außer Rand und Band geratene Bewegungen bei den Wechselkursen nicht wünschenswert sind“. Als Finanzminister ist Kan derjenige in der Regierung, der die Bank von Japan notfalls anweisen kann, Yen zu verkaufen, um den Wechselkurs nach unten zu drücken. Am Freitag zeigte sich der Minister auf einer Pressekonferenz aber noch sehr gelassen und meinte, dass eine Intervention in den Markt, die es zuletzt 2004 gegeben hat, nicht nötig sein dürfte. Der Dollar sei bereits wieder bei mehr als 90 Yen angelangt, „und ich denke, dass er sich stabilisiert“, sagte Kan.



Japans Premierminister Yukio Hatoyama

Foto Getty Images

häusern wegen der globalen Finanzkrise ebenfalls 2 Billionen Yen zur Verfügung stellte, und im Dezember 2009 vor dem Hintergrund der Schuldenkrise in Dubai. Die Notenbank erhofft sich mit ihrer Entscheidung vom Freitag, die Börse indirekt zu stützen und den Anstieg des Yen in Schranken zu halten. Sollte der gewünschte Effekt nicht eintreten, will sie notfalls weitere Finanzspritzen setzen. „Die Möglichkeit sollte nicht ausgeschlossen werden“, sagte der Sprecher. Man werde die

## Heute

### Sozial in NRW

Arbeiterführer, Kümmerer mit sozialem Gewissen – so definiert sich in Nordrhein-Westfalen der Ministerpräsident. Große Firmen sind nicht begeistert. Die Lounge. Seite 15

### Die Angst der Fischer

Die Angst der Fischer in der amerikanischen Gemeinde Plaquesmines ist groß. „Das Öl kann die ganze Saison kaputt machen“, sagen sie. Andererseits haben viele in der Region auch ein Standbein in der Ölindustrie. Seite 16

### Hoffnung für Woolworth

Die rund 4500 Beschäftigten der insolventen Kaufhausgruppe Woolworth Deutschland können Hoffnung schöpfen. Der Verkauf der Billigwarenhäuslette steht unmittelbar bevor. Seite 17

### Stronach zieht sich zurück

Frank Stronach, der 77 Jahre alte Mehrheitseigentümer des österreichisch-kanadischen Autozulieferers Magna, wird die Kontrolle in dem von ihm gegründeten Unternehmen abgeben – und anderes tun. Seite 18

### Blackstone will Fidelity

Amerikanischen Medienberichten zufolge will ein Konsortium um den Finanzinvestor Blackstone Group den Finanzdienstleister Fidelity National Information Services übernehmen. Seite 19

### Unbezahlbar in China

Immer schärfer geht der chinesische Staat gegen Spekulanten vor. Solange sich aber Kommunen über hohe Landpreise finanzieren, ist ein Erfolg zweifelhaft. In China können sich selbst Bürgermeister keine Wohnung mehr leisten. Seite 20

### Ein Arbeiter im Literaturbetrieb

Erst schufte er auf dem Bau, später lebte er von Sozialhilfe. Jetzt stehen seine Bücher überall. Clemens Meyer ist ein Schriftsteller, der nie den geraden Weg gegangen ist. Beilage Beruf und Chance. Seite C 2

FIRMENINDEX	Seite	Coca Cola Hellenic	17	Goldman Sachs	19	Klett	16	Royal Bank of Scotland	16
Adobe Systems	18	Daimler	16, 18	Heidelberg Cement	19	Klöckner Werke	17	Symrise	18
Apple	18	Deutsche Lufthansa	18	HH Holding	17	Magna	18, 20	Tyngum	19
Austrian Airlines	18	Drägerwerk	17, 20	Holcim	18	Munich Re	16, 20	Toshiba	16
Blackstone	19	ENBW	19	Hypo Real Estate	16	Panasonic	16	Toyota	18
BP	16	ERGO	19	Karmann	18	Reliance Industries	19	Webasto	18
British Midland	18	Fidelity	19	Kaupthing	18	Rheinmetall	17	Woolworth Deutschland	17

## Bundestag beschließt Hilfe für Griechenland: Athen hält die Welt weiter in Atem

### EZB darf Staatsanleihen kaufen

Keine rechtlichen Hürden / Ratsbeschluss reicht aus

FRANKFURT, 7. Mai. Auf den Kapitalmärkten hält sich die Spekulation, die Europäische Zentralbank (EZB) könnte mit dem Kauf von Staatsanleihen beginnen, um die Schuldenkrise der Staaten einzudämmen. Die rechtlichen Hürden sind jedenfalls denkbar gering, wenn die EZB glaubt. Lediglich der direkte Ankauf von Anleihen bei der Emission ist nach Artikel 123 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ausdrücklich verboten. Aus erster Hand dürfen die EZB und die nationalen Noten-

banken ein Kaufprogramm schon als unannehmlich bezeichnet. Sonst, so lautet die Argumentation der Befürworter, drohe das Ende der Währungsunion. „Wahrscheinlich wären es ein paar Tage später dieselben, die den Beschluss eines Kaufprogramms als Ende der Währungsunion verdammen würden“, sagt Brzeski voraus. Denn das gilt als Beginn der direkten Finanzierung der Staaten durch die Zentralbank, die bislang meist zu hohen Inflationsraten geführt hat.

Mit dem Kauf von Anleihen sammelt die EZB schon seit vergangenen Jahren Erfahrungen. Seitdem sie die Pfandbriefe im Wert von gut 50 Milliarden Euro gekauft, weitere 10 Milliarden Euro werden hinzu kommen. Allerdings sind diese Käufe auf viele Länder mit Pfandbriefmärkten verteilt, um die Kreditvergabe anzuregen. Ein Notprogramm für Staatsanleihen würde dagegen wohl auf die finanziell bedrohten Staaten konzentriert. Auch dafür gäbe es, so sagt ein Sprecher der EZB, kein rechtliches Hindernis. Der Rat sei nicht gezwungen, in einem solchen Fall Anleihen entsprechend der wirtschaftlichen Gewichte oder der Kapitalanteile an der EZB zu kaufen. Für die EZB gäbe es einen Ausweg, um ein ähnliches Ergebnis wie mit dem Ankauf von Staatsanleihen zu erreichen. Wenn in den finanziell bedrohten Staaten die Banken zum Kauf von Anleihen verpflichtet würden und die EZB zugleich – wie schon für Griechenland – alle ihre Regeln für die Beleihung von Staatsanleihen außer Kraft setzte, könnten die Staaten sich über einen kleinen Umweg bei der Zentralbank Geld beschaffen.

Nur aus zweiter Hand dürfen EZB und nationale Notenbanken von Staaten Schuldtitel kaufen.

banken von den Staaten keine Schuldtitel erwerben, wohl aber aus zweiter Hand. Die finanziell bedrohten Regierungen müssten im Fall der Fälle also nur für einen gedanklichen Moment Käufer finden, zum Beispiel die eigenen Banken, die dann an die EZB weiterverkaufen könnten. Die EZB selbst könnte ein solches Kaufprogramm innerhalb kurzer Zeit per Beschluss des Rates einleiten.

Manche Beobachter hielten das zwar für einen Verstoß gegen die Idee der europäischen Verträge, die eine Finanzierung der Staatsschulden durch die Zentralbank nicht vorsehen. Das dürfte jedoch im Fall der Fälle kein Hindernis sein, erwartet Carsten Brzeski von der niederländischen Bank ING. An manchen Handels-

### Frankreich will mehr sparen

PARIS, 7. Mai. Wegen der Griechenland-Krise steigt der Druck auf die Mitgliedstaaten des europäischen Währungsraums, ihre Haushaltsdefizite abzubauen. Auch Frankreich will mehr sparen. Premierminister François Fillon wird an diesem Wochenende die Minister seiner Regierung anweisen, dass ihre Ausgaben von 2011 bis 2013 nicht mehr wie bisher im Ausmaß der Inflation steigen dürfen, sondern real sinken sollen. Nur die Ausgaben für die Rentner und der Schuldendienst sollen von der neuen Regel ausgenommen sein. Vor kurzem hatte die Regierung noch Ausgabensteigerungen von 1,5 Prozent für 2011 und jeweils 1,75 Prozent für 2012 und 2013 geplant. Zudem will Fillon daran festhalten, nur jeden zweiten in Rente gehenden Beamten zu ersetzen. Auch sollen Steuervergünstigungen von 5 Milliarden Euro gestrichen werden. Die Regierung sieht sich zu diesen Maßnahmen gezwungen, weil sie in den nächsten Jahren höhere Zinskosten und Rentenausgaben erwartet. Sie hofft nun, die Europäische Kommission von ihren Sparplänen überzeugen zu können. Diese hatte einen Mangel an konkreten Maßnahmen kritisiert, als Frankreich vor mehreren Monaten seinen Mehrjahresplan zum Schuldenabbau vorlegte. Danach will Frankreich die Neuverschuldung von voraussichtlich 8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in diesem Jahr auf 6 Prozent 2011 zurückführen. Zwischen 2012 und 2013 soll das Defizit von 4,6 auf 3 Prozent sinken. Die sozialistische Opposition kritisierte einen „Kahlschlag“ bei den öffentlichen Ausgaben. Dadurch sanken die Beschäftigung sowie die Gehälter und die Kaufkraft der Franzosen. Die Regierung solle lieber die vorübergehenden Steuersenkungen zurücknehmen.

### Die Krise in Europa erreicht Asien

SINGAPUR, 7. Mai. Die Folgen der Krise in Europa haben Asien erreicht. Die Märkte dort verloren am Donnerstag und Freitag an Boden. Mit Hinweis auf das wachsende Risiko wurden Börsengänge im Wert von mindestens 4 Milliarden Dollar und die Ausgabe von Anleihen von Hongkong bis Bombay auf unbestimmte Zeit verschoben. Marktteilnehmer glauben zudem, Peking werde die erwartete Aufwertung des Yuan wegen der weltwirtschaftlichen Probleme verschieben. Politiker in Asien bemühten sich zu erklären, dass Asien von dieser Krise wenig berührt werde. Allerdings schätzen die Asiaten die Lage nicht einheitlich ein. Während Australien das Handeln Europas am Freitag kritisierte, hieß es in Tokio, das Vorgehen sei angemessen. „Es gibt ein Problem mit den Griechen, insbesondere mit den griechischen Staatsschulden und Europas Fähigkeit, für Griechenland einzutreten. Die Märkte betrachten die Vereinbarungen als nicht angemessen“, sagte Australiens Ministerpräsident Kevin Rudd. Yoshito Sengoku, japanischer Minister für die Nationale Strategie, sprach hingegen von einer geeigneten Antwort Europas. Der Index MSCI Asia Pacific verlor nach 1,7 Prozent am Donnerstag am Freitag zwischenzeitlich weitere 1,7 Prozent und sank auf den Stand von Ende Februar. Seit seinem 20-Monats-Hoch hat der Index fast 9 Prozent verloren, 6,4 Prozent allein in dieser Woche. Der japanische Nikkei-Index notierte am Freitag 3,1 Prozent niedriger, der Yen und der südkoreanische Won verloren gegenüber dem Dollar. Während Bankaktien kräftig an Wert einbüßten, legten Goldproduzenten in Australien und China zu. „Die Frage jetzt lautet: Wird ein deutlicher Abschwung Europas zum generellen Rückgang der Ausfuhr Chinas führen?“, sagte Vincent Chan, Analyst der Credit Suisse.

### Die geschwächten Euro-Staaten sind die großen Profiteure der EU

Die größten Nettozahler <sup>1)</sup>	in Euro je Einwohner
Deutschland	70,1
Großbritannien	44,6
Frankreich	23,9
Niederlande	20,3
Italien	19,3

Die größten Nettoempfänger <sup>1)</sup>	in Euro je Einwohner
Irland	13,0
Polen (seit 2004 in der EU)	15,7
Portugal	25,8
Griechenland	44,2
Spanien	62,0

<sup>1)</sup> Zahlungen an die EU verrechnet mit Empfang von EU-Mitteln; von 2007 an auf Basis des Eigenmittelbeschlusses von 2007.

### Wie sich die Auszahlungen an die PIGS-Staaten entwickelt haben<sup>1)</sup>



## Pigs-Staaten hängen schon lange am Tropf der EU

Nur Griechenland erhält immer mehr Geld und hat sich wirtschaftlich nicht erholt

BRÜSSEL, 7. Mai. Dass die derzeit in finanziellen Schwierigkeiten steckenden „Pigs-Staaten“ Portugal, Irland, Griechenland und Spanien die größten Empfänger von EU-Hilfen sind, ist nicht überraschend. Denn die Krise hat vor allem Staaten getroffen, die traditionell wirtschaftlich schwach sind. Ein Blick auf die Summe der Hilfen, die Portugal, Irland, Griechenland und Spanien seit 1999 aus Brüssel erhalten haben, zeigt, wie stark diese Staaten schon seit Jahren am Tropf der Europäischen Union hängen. So hat Griechenland in zehn Jahren insgesamt 44 Milliarden Euro mehr aus Brüssel erhalten, als es an Beiträgen gezahlt hat. Damit ist das Land, das Kredi-

te der Euro-Staaten und des Internationalen Währungsfonds von 110 Milliarden Euro vor der Pleite retten sollen, in diesem Zeitraum hinter Spanien der zweitgrößte Netto-Empfänger der EU. Nach Spanien sind seit 1999 netto 62 Milliarden Euro geflossen. Drittgrößter Nettoempfänger ist Portugal mit rund 26 Milliarden Euro.

Stellt man dem die deutschen Nettobeiträge der vergangenen zehn Jahre von ungefähr 70 Milliarden Euro gegenüber, dann zeigt sich, dass Deutschland im Prinzip allein die Hilfen für Griechenland und Portugal finanziert hat. Doch gibt es große Unterschiede zwischen den vier größten Nettoempfängern. Während

Irland und Spanien in den Jahren vor dem Ausbruch der Finanzkrise die Abhängigkeit von den Transferzahlungen der EU deutlich verringerten und Portugals Nettoexposition nur etwas schwankte, erhielt Griechenland immer mehr Geld. Der Blick auf die Wirtschaftsleistung zeigt außerdem, dass sich die Griechen anders als die anderen Staaten wirtschaftlich nicht erholt haben. Vor 30 Jahren lagen die Transfers mit knapp 4,5 Prozent der Wirtschaftsleistung freilich noch viel höher. Sie sind mit zuletzt 2,65 Prozent aber weiterhin höher als in jedem anderen alten EU-Staat. In Spanien und Irland lagen sie 2008 bei 0,23 und 0,33 Prozent.

## Verfassungsgericht wird angerufen

Fünf Kläger reichen Beschwerde in Karlsruhe ein

BERLIN, 7. Mai. Gegner der Subventionen für Griechenland hoffen auf das Bundesverfassungsgericht. Fünf Kläger, darunter die Ökonomen Wilhelm Hanel und Joachim Starbatty sowie der Rechtswissenschaftler Karl Albrecht Schacht, haben am Freitag an der Gerichtspforte in Karlsruhe ihre Klageschrift abgegeben. Verbunden ist ihre Verfassungsbeschwerde mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anord-

ANZEIGE



nung. Wenn es nach den Klägern ginge, die schon – vergeblich – gegen die Einführung des Euro prozessiert hatten, dann sollten die Richter Bundespräsident Horst Köhler die Unterschrift unter das „Währungsunion-Finanzstabilisierungsgesetz“ verbieten. Auch sollten sie der Regierung den Vollzug der beschlossenen Hilfen untersagen. Bundesregierung und Bundestag haben schon zwei Juraprofessoren für den Fall benannt, dass das Verfassungsgericht Stellungnahmen einholt. Doch wenn es will, kann das Gericht postwendend ent-

## „Medizin schlimmer als die Krankheit“

FRANKFURT, 7. Mai. Viele Ökonomen zweifeln an der Fähigkeit Griechenlands, die zugesagten Sparziele zu erreichen, ohne dabei wirtschaftlich zusammenzubrechen. „Die Realwirtschaft wird eine schwere Rezession durchmachen, wenn der Staat so stark seine Nachfrage um bis zu 10 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt kürzt“, sagt Ulrich Blum, der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH). In ihrer aktuellen Prognose erwartet die EU-Kommission ein Schrumpfen des griechischen Bruttoinlandsproduktes um 3,0 Prozent in diesem Jahr, im kommenden Jahr soll sich der Rückgang auf 0,5 Prozent verlangsamen. Viele Ökonomen bezweifeln aber, dass sich die griechische Wirtschaft nach einer brutalen Kürzung der Staatsausgaben rasch fängt. „Wir setzen Griechenland unter einen Deflationsdruck von rund 20 bis 30 Prozent“, rechnet IWH-Chef Blum vor. Preise und Löhne ließen sich aber nicht so leicht senken, sie seien rigide. „Die Griechen haben extrem militante Gewerkschaften und es könnte sogar ein Linksteriorismus drohen“, warnt Blum. Bei dem nun beschlossenen Kurs sei nicht ausgeschlossen, dass aus der Rezession eine Depression werde. „Es kann sein, dass die Medizin schlimmer ist als die Krankheit.“ Der Lebensstandard der Griechen könne auf das Niveau der späten DDR fallen. Nach Blums Ansicht, der sich viel mit Transformationsökonomien beschäftigt hat, gibt es kaum ein Beispiel für eine so abrupte Umstellung der gesamten Wirtschaftsstruktur, wie man sie den Griechen abverlange. Der staatliche Sektor müsse auf Jahre schrumpfen. Daher werde es dort für lange Zeit kaum Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufseinsteiger geben. Die Arbeitslosigkeit werde stark steigen. Zugleich müsse das Land von einem Importeur zu einem Exporteur werden.

## F.A.Z.-Indikator steigt kräftig

FRANKFURT, 7. Mai. Die konjunkturelle Expansion in Deutschland nimmt Fahrt auf. So ist die Industrieproduktion im März um 3,4 Prozent zum Vormonat gestiegen, teilte das Bundeswirtschaftsministerium am Freitag mit. Auf eine bessere wirtschaftliche Entwicklung deutet auch der F.A.Z.-Konjunkturindikator hin, der vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel für diese Zeitung berechnet wird. Er ist im März dieses Jahres ungewöhnlich kräftig gestiegen: um 2,3 Prozent auf einen Wert von 99,3 Punkte. Der Index liegt damit um 16,1 Prozent über seinem Niveau vom März 2009, als er den Tiefpunkt im Verlauf der Krise erreicht hatte. „Ausschlaggebend für den Anstieg des Indikators ist, dass die Auftragsgänge im März kräftig zugelegt haben“, sagte IfW-Konjunkturchef Joachim Scheide. Zudem wirke sich das verbesserte Geschäftsklima positiv auf das verarbeitende Gewerbe aus. Im zweiten Quartal werde die Konjunktur kräftig anziehen, sagte Scheide. „Allerdings ist Vorsicht geboten, man sollte aus dieser günstigen Entwicklung der Indikatoren nicht auf einen anhaltend kräftigen Aufschwung schließen.“ Die Turbulenzen im Zusammenhang mit der Schuldenkrise Griechenlands seien in den Indikatoren bislang nicht enthalten.

### F.A.Z.-Konjunkturindikator



### Kurze Meldungen

**Ärzte planen Streik**  
Die von der Ärztegewerkschaft Marburger Bund angeordneten Streiks in kommunalen Kliniken sollen am 17. Mai beginnen. Das sagte der Verbandsvorsitzende Rudolf Henke am Freitag, nachdem die Urabstimmung eine Zustimmung von 93 Prozent ergeben habe. Ausgenommen seien Berlin und Hamburg, da es hier Tarifvereinbarungen gebe. In den insgesamt 800 Kliniken arbeiten 55 000 Ärzte. Der Gewerkschaft reichen die von den Arbeitgebern angebotenen Gehaltssteigerungen von 2,9 Prozent für drei Jahre nicht aus, sie verlangt 5 Prozent und eine bessere Bezahlung von Bereitschaftsdiensten. „Wer heute weiß, dass er ab Mitte Mai in ein kommunales Krankenhaus soll, plant am besten neu“, sagte Henke. **ami.**

**Mehr Arbeitslose in Amerika**  
Die amerikanische Wirtschaft hat im April 290 000 neue Jobs geschaffen. Das war der größte Zuwachs seit vier Jahren. Dennoch stieg die Arbeitslosenquote überraschend von 9,7 Prozent im März auf 9,9 Prozent, wie das Arbeitsministerium am Freitag mitteilte. Grund dafür ist, dass im Zuge der Konjunkturerholung jetzt immer mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Aprilzahlen schließen 66 000 Kurzzeit-Beschäftigte ein: Sie sind vorübergehend von der Regierung als Helfer für die derzeitige Volkszählung eingestellt worden. **dpa.**

**smart**  
open your mind.

**>> Ist es nicht erstaunlich, dass Traumwagen immer Zweisitzer sind?**  
Überraschend günstig Cabrio fahren. Jetzt ab 99,- Euro\* bei Ihrem smart Händler.

Ein echter Traumwagen hat zwei Sitze, ein einzigartiges Fahrgefühl – und die Sonne im Gepäck. Steigen Sie bis zum 30.06.2010 ein und starten Sie einen traumhaften Sommer mit den Cabrio Wochen und dem Angebot der Mercedes-Benz Bank. Jetzt bei Ihrem smart Händler.

\* Zum Beispiel smart fortwo cabrio pulse 52 kW mhd<sup>1)</sup>, Kaufpreis: 15.150,00 € (unverbindl. Preisempfehlung des Herstellers zzgl. lokaler Überführungskosten), einmalige Anzahlung: 4.508,00 €, abzüglich „Cabrio-Sonderbonus“: 1.500,00 € (bei allen teilnehmenden Händlern), Ihre Anzahlung: 3.008,00 €, effektiver Jahreszins: 2,9%, Laufzeit: 36 Monate, Gesamtleistung: 30.000 km, Schlussrate (im Fall einer Fahrzeugübernahme): 7.878,00 €, monatliche Plus3-Finanzierungsrate: 99,00 €. Ein Angebot der Mercedes-Benz Bank AG. Das Angebot ist gültig bis zum 30.06.2010. Kraftstoffverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert in l/100 km: 5,3/4,1/4,6; CO<sub>2</sub>-Emission (kombiniert) 106 g/km. Diese Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots, sondern dienen allein Vergleichszwecken zwischen den verschiedenen Fahrzeugtypen. Das abgebildete Fahrzeug entspricht nicht dem Modell des Plus3-Finanzierungs-Angebots.

www.smart.com smart – eine Marke der Daimler AG